



Egon W. Kreutzer

# Demokratie im Endstadium

## Teil 2

# Plutokratie als Ersatz

## „Geld beherrscht die Welt.“

**Eine Aussage, die zutreffend den Zustand der Gesellschaften in kapitalistisch geprägten Staaten beschreibt. Wo aber das Geld herrscht, ist der Rechtsstaat obsolet, bzw. in wesentlichen Bereichen außer Kraft gesetzt.**

Der erste Teil dieses Aufsatzes endete mit der dystopischen Prognose: ***Das Ergebnis ist eine mangels Mehrheit nicht mehr lebensfähige Demokratie.***

Nun soll untersucht werden, warum die Diskussion um die elementaren Fragen von den „Zentrums-Parteien“ nicht mehr offen und ernsthaft geführt wird und wie die erfolgreichen Strategien zur Verhinderung der demokratischen Willensbildung aussehen.

Die Plutokratie stützt sich im Wesentlichen auf drei Säulen:

1. **Die wirtschaftliche Macht**, ehemals in einem zu engen Verständnis als die „Kontrolle über die Produktionsmittel“ bezeichnet,
2. **Die Meinungsmacht**, die sich im Konzentrationsprozess der Medienlandschaft zeigt,
3. **Die Liquiditätsmacht**, also die Fähigkeit, dem Staat und seinen Bürgern den Geldhahn nach Belieben auf- und zuzudrehen.

Dass diese Machtfaktoren die Politik demokratisch gewählter Regierungen bestimmen können, hat weniger mit der Korrumpierbarkeit der Politiker zu tun,



obwohl auch die eine Rolle spielt, sondern hauptsächlich damit, dass der Politik keine originäre Macht zur Verfügung steht, auf die sich ein Widerstand zur Wiederherstellung des Primats der Politik stützen könnte.

## Wirtschaftliche Macht

Ein staatliches Gebilde, das gegenüber seinen näheren und ferneren Nachbarn bestehen will, ist auf eine starke Wirtschaft angewiesen. Dabei kommt es für den Staat primär darauf an, dass die Wirtschaft – weitgehend autark – jene Ressourcen hervorbringt, die der Staat für seine Organisation, einschließlich der Organisation seiner militärischen Fähigkeiten benötigt.

Der Staat ist jedoch zugleich auf die Menschen angewiesen, die als Staatsvolk den Staat erst konstituieren. Daher ist es die Königsdisziplin der Staatskunst, die Balance zwischen den Interessen von Wirtschaft und Bevölkerung herzustellen und zu wahren, so dass zufriedene Bürger in einer prosperierenden Wirtschaft ihren Teil zum Gelingen beitragen und an den Hervorbringungen der Wirtschaft angemessen teilhaben können.

Diese Aussage gilt allerdings nur für den souveränen Nationalstaat.

In den „Standorten“ der global agierenden Konzerne ist der Staat nicht mehr in der Lage, diese Balance herzustellen. Die Konzerne tanzen den Staaten buchstäblich auf der Nase herum und holen sich ihren Vorteil da, wo er am einfachsten zu erreichen ist.

### **Dies ist ein ernstes Problem.**

Es stehen sich eben nicht mehr die altvertrauten „Sozialpartner“ gegenüber, mit dem Staat als Mediator dazwischen, der abgewählt werden kann, wenn die Balance nicht mehr stimmt, sondern der Staat steht als Alleinverantwortlicher da, von dem die Bürger fordern, er müsse politisch für den Erhalt und den Aufbau von Arbeitsplätzen sorgen, Steuergerechtigkeit herstellen, die Sozialsysteme



stärken und die Wirtschaft unterstützen, während die großen, internationalen Konzerne als Vor- bzw. Gegenleistung für ihre Präsenz am Standort Steuersenkungen, niedrige Lohnnebenkosten, den Abbau von Bürokratie und Auflagen jeglicher Art fordern.

Die Regierungen stehen in diesem Interessenswiderspruch hilflos da. Greifen sie ein, um eine materielle Besserstellung der Bevölkerung zu erreichen, baut die Wirtschaft Arbeitsplätze ab und ganze Unternehmen suchen sich im Ausland einen neuen Standort. Gewährt die Regierung der Wirtschaft die erwünschten Privilegien, sehen sich die Arbeitnehmer angesichts horrender Gewinnmeldungen bei Reallohnverlust als um die Teilhabe am Erfolg betrogen an.

Weil es jedoch so ist, dass die Regierung entscheiden kann, was sie will, aber am Ende wegen der negativen Wirkungen unausweichlich als zumindest mitschuldig dastehen muss, wandeln sich die Erklärungsversuche. Es wird nicht mehr angestrebt, etwas Positives zu erreichen, es wird angestrebt, das Negative zu vermeiden, es in seinen Auswirkungen zumindest so gering wie möglich zu halten.

Typische Beispiele dafür sind z.B. die „Mietpreisbremse“ oder das „Arbeitslosengeld Q“ des Gerechtigkeitskämpfers Martin Schulz. Selbst der Versuch, den Anstieg der globalen Temperatur zu bekämpfen, gehört in all seiner trivialen Pauschalität in diese Rubrik, weil dies kein Ziel ist, sondern nur die erhoffte Folge von nicht durchdachten, hektisch vorgetragenen, oft widersprüchlichen, teils widersinnigen Aktivitäten.

Unter diesen Bedingungen gedeiht selbstverständlich auch jenes Verhalten, das strafrechtlich kaum fassbar ist, aber dennoch als „Wirtschaftskriminalität“ bezeichnet werden sollte.

Die Lebensdauer von Elektro- und Elektronik-Großgeräten ist inzwischen auf ca. 5 Jahre eingestellt. Reparatur nicht lohnend. Das steigert den Umsatz der Hersteller, wo auch immer auf der Welt sie sitzen und ruiniert die kleinen Elektrohändler und Reparaturbetriebe in Kundennähe.



Wer kann, siedelt seinen Firmensitz in einem Niedrigsteuer-Land an, von denen es inzwischen so viele gibt, dass der Begriff „Oase“ irreführend geworden ist.

Abfälle, auch solche von giftiger, Menschen und Umwelt bedrohender Art, werden als Wertstoffe ins Ausland verkauft, wo sie von Billigkräften ohne jeden Schutz auf Wertvolles durchwühlt und anschließend „ausgewildert“ werden.

Mit Hilfe einer ausreichend vorhandenen Arbeitslosigkeit werden Mitarbeiter angehalten, unbezahlte Überstunden in großer Zahl zu erbringen, fehlende Arbeitsschutzmaßnahmen zu tolerieren und sich für unsaubere Geschäfte einspannen zu lassen. Verweigerung führt zur Kündigung.

Es gibt keine „Soziale Marktwirtschaft“ mehr, nur noch ein „marktgerechtes Sozialsystem“, eine „marktgerechte Besteuerungs- und Subventionspraxis“ und ein „marktgerechtes Rechtssystem“.

Die Demokratie ist dagegen machtlos. Demokratie kann immer nur für einen klar definierten Rechtsraum Entscheidungen treffen. Der Konzernchef in New York, Rio oder Tokio wird diese Entscheidungen durchaus zur Kenntnis nehmen, doch seine Reaktionsmöglichkeiten weisen weit über diesen Rechtsraum hinaus und können Sinn und Zweck einer einzelstaatlichen demokratischen Entscheidung vollständig in ihr Gegenteil verkehren.

Umso bedauerlicher ist es, dass sich der Staat aus den Unternehmen im Staatseigentum immer weiter verabschiedet und der Wirtschaftsmacht auch noch die Verfügungsgewalt über Infrastruktur und Grundversorgung überlässt.

Ideen, wie die „Schwarze Null“ oder das „Verbot der Staatsfinanzierung aus der staatseigenen Druckerpresse“ spielen bei diesen Privatisierungsakten eine maßgebliche Rolle zur Vertuschung der Absicht, der Wirtschaft immer weitere Bereiche der öffentlichen Infrastruktur und Daseinsvorsorge zum Zwecke der Gewinnmaximierung zu überlassen.

Ob sich die Befürworter dieser Politik der langfristigen Folgen bewusst sind, sich dem Druck der Wirtschaft aber nicht widersetzen können, ob sie gar bewusst



als Komplizen von Wirtschaftsinteressen agieren oder ob sie doch eher naiven Konzepten von ausgeglichenen Haushalten und der Überlegenheit der Privatwirtschaft anhängen, ist pauschal nicht zu beurteilen, dass es aber in den entscheidenden Gremien Vertreter aller erforderlichen Intelligenzgrade geben muss, ist nicht von der Hand zu weisen.

Zusammenfassend kann festgehalten werden:

**Die Staaten brauchen die Wirtschaft, um existieren zu können. Global agierende Konzerne sind auf keinen einzelnen Staat angewiesen – sie können überall existieren. Dieses Missverhältnis macht den Staat erpressbar und die Konzerne zu Nutznießern dieser Erpressbarkeit.**

## Meinungsmacht

Demokratie braucht nachprüfbare Fakten und eine Vielzahl von Einschätzungen zur Bedeutung dieser Fakten, eine argumentative Auseinandersetzung über diese Einschätzungen und letztlich die Einigung auf eine gemeinsame Sicht und auf eine gemeinsam getragene Handlungsweise.

Wie bereits im ersten Teil dieses Aufsatzes beleuchtet, sind diese Anforderungen nur zu erfüllen, wenn Menschen mit hinreichender Kompetenz, dem notwendigen Sachverstand und einer echten Kooperationsbereitschaft zusammenkommen. Daraus wurde die Berechtigung, ja die Notwendigkeit der parlamentarischen Demokratie abgeleitet, wiewohl sich letztlich herausstellte, dass diese, so wie sie in aller hässlichen Parteilichkeit gelebt wird, nicht sinnentsprechend funktionieren kann, selbst wenn die Fakten klar und eindeutig auf dem Tisch liegen.

Es wurde im ersten Teil weiter ausgeführt, dass die Parteien bei der Suche und der Aktivierung der für die Mehrheiten erforderlichen Wähler, sich ausgerechnet dahin wenden müssen, wo der wenigste Sachverstand vorhanden ist, nämlich an die große desinteressierte Mitte.



Dieses Prinzip lässt sich allerdings auch umkehren, und das bedeutet:

*Wenn die Parteien auf die Stimmen der desinteressierten Mitte angewiesen sind, sollte es doch möglich sein, die „Stimmung“ der desinteressierten Mitte so zu beeinflussen, dass die Parteien gar nicht anders können, als dieser Stimmung in den eigenen Wahlaussagen zu entsprechen und auch die konkrete Politik, zumindest ein Stück weit diesen Stimmungen anzupassen.*

Heute sind wir soweit. Von der Presse- und Meinungsvielfalt in den frühen Jahren der Republik ist kaum etwas übrig geblieben. Bertelsmann, der Springer Verlag, Holtzbrink und die Burda Gruppe beherrschen den Markt der Printmedien und des Privatfernsehens und geben der desinteressierten Masse in bewundernswertem Gleichklang vor, was gut und was böse, was erstrebenswert und was abzulehnen ist.

So wurde Christian Wulff niedergeschrieben, zu Gutenberg hochgejubelt und dann niedergeschrieben, Martin Schulz angebetet und dann zum Belächeln freigegeben. Ein Einheitsbrei an Verächtlichmachung wurde und wird über Donald Trump ausgekippt, Saddam Hussein und Muhamad al Gaddafi wurden verteufelt, wie derzeit der „syrische Machthaber“, und eine Phalanx von Schreiberlingen arbeitet sich an Putins Reputation ab. Angela Merkel wurde in den Olymp gehoben und wird immer noch als der Fels in der Brandung des Koalitionsgerangels dargestellt.

Ein flächendeckender Refugee-welcome-Hype ist ebenso das Werk der Medien, wie die Tatsache, dass die heiklen Themen komplett unter dem Tisch gehalten werden?

Wer kann sich des Eindrucks erwehren, dass es nichts Schlimmeres als die AfD gibt, ausgenommen vielleicht die LINKE, hätte sie nur ebenso viele Wähler gewonnen?

Und so schreiben und senden die Medien ihre Botschaften über die Schädlichkeit von Streiks, den Segen des ausgeglichenen Haushalts, den Rüstungsbedarf der Bundeswehr zu Abschreckung Putins, die Glanzleistung der Euro-Rettung, die



Notwendigkeit erweiterter Video-Überwachung und die Missetaten russischer Hacker, bis sie in der Bevölkerung zu Überzeugungen geworden sind.

Die demokratischen Parteien, denen dies als Volkswille mit den entsprechenden Zustimmungsprozents auf den Tisch gelegt wird, können nicht anders, als diesen Vorgaben zu folgen, wollen sie nicht selbst an Zustimmung verlieren.

So präsentiert sich als echte Demokratie, was ein hinterhältig eingefädelttes Spiel mit den Stimmungen der desinteressierten Mehrheit ist, das seinen Input im wesentlichen von den vier genannten Medienhäusern bezieht, denen allesamt eine – in meinen Augen bedenkliche – Nähe zu den so genannten Transatlantikern, also den Mitgliedern der Atlantik-Brücke nachgesagt wird.

Gegründet wurde dieser Verein – ich zitiere aus Florian Stumfall – „Das Limburg Syndrom“ – von John McCloy, Weltbankpräsident, Hoher Kommissar in Deutschland, Manager der Rockefeller Bank Chase Manhattan und Mitglied im Council on Foreign Relations, sowie Eric M. Warburg, Bankhaus Rothschild, Warburg-bank und ebenfalls Mitglied im Council. Man sieht schon allein am Beispiel dieser beiden Männer: Es dreht sich bei der Atlantik Brücke um ein Gebilde im Sinne der Hochfinanz der USA-Ostküste und damit der Neuen Weltordnung.“

Merkel und Gabriel sind übrigens ebenso Mitglieder dieser Vereinigung, wie Friedrich Merz (CDU) und Klaus Kleber vom ZDF. Meinungsmacht bedeutet also:

Hochrangige Regierungs- und Parteifunktionäre, auch aus der Opposition, stimmen sich transatlantisch ab, tragen Wünsche vor und nehmen Aufträge entgegen, die von den ebenfalls transatlantisch durchwachsenen Medien der desinteressierten Masse in geeigneter Form so oft und so intensiv vorgesetzt werden, bis sie diese glaubt, es handle sich bei dieser Einstimmung um ihre eigene Meinung. Dass dann Ausschau nach jenen Politiker gehalten wird, die genau das versprechen, was die Wählermasse wollen soll, ist Ziel der Veranstaltung.

Es ist zugleich eine Perversion der Demokratie. Doch weil Demokratie sowieso nicht so funktioniert, wie im Sozialkundeheft, ist das auch schon egal.



Weniger gleichgültig sollten uns allerdings jene Maßnahmen lassen, die direkt darauf abzielen, solche Analysen, Prognosen und Meinungen mundtot zu machen, die von den interessierten und engagierten Bürgern geäußert werden und geeignet sind, die der desinteressierten Mitte aufoktroierten Narrative als gezielt in Umlauf gebrachte Lügengeschpinste enttarnen. In schönstem 1984er Neusprech werden so zutreffende und fundierte Aussagen mit tatsächlichen Falschmeldungen und Hassparolen in den großen Topf von Fake-News und Hate-Speech geworfen, vor dessen Inhalt die desinteressierte Mitte wiederum „geschützt“ wird. Das Netzwerkdurchsetzungsgesetz ist die vorläufige Krönung dieser infamen Kampagne zur Unterdrückung abweichender Meinungen und zur „Durchsetzung“ der einzig wahren und zulässigen Sichtweise auch in den Netzwerken. Daher der Name: Netzwerkdurchsetzungsgesetz

Zusammenfassend kann festgehalten werden:

**Politiker verabreden in Zirkeln, wie der Atlantik-Brücke, gemeinsam mit den Medienvertretern permanent die für die desinteressierte Mitte bestimmte Stimmungsmache und sorgen zugleich dafür, dass abweichende Meinungen bestmöglich unterdrückt werden. Wer sich klar macht, welche Kräfte hinter der Atlantik-Brücke wirken, stellt fest, dass hier eines jener Scharniere festgemacht ist, über welche die Direktiven der Wirtschaftsmacht wirksam in ein von der desinteressierten Mitte goutiertes Regierungshandeln überführt werden.**

## Liquiditätsmacht

Ohne Moos – nix los.

Die Vorstellung, dass die EZB über 2 Billionen Euro aus dem leeren Hut gezaubert hat, um Staatsanleihen aufzukaufen, macht krank. Man kommt sich vor, wie in böser Absicht unter lauter Irren eingesperrt zu sein, vor allem, wenn man zugleich feststellen muss, dass die Eigentümer der EZB, nämlich die Euro-Staaten selbst, von diesem Liquiditätsregen ausgeschlossen blieben und allenfalls





indirekt, über den Weg der Neuverschuldung bei eben jenen mit Liquidität überschütteten Personen und ihren Geldinstituten, die ärgste Geldnot lindern konnten.

Unser Geldsystem ist die Ausgeburt eines kollektiven Wahnsinns, dessen fixe Idee darin besteht, dass die Banken als Vermittler zwischen dem Kreditangebot der Sparer und der Kreditnachfrage stehen, dass sie quasi treuhänderisch dafür Sorge tragen, dass Spargelder zinstragend an solvente Kreditnehmer verliehen und von diesen planmäßig per Tilgung wieder zurückgeführt werden.

Die riesengroßen Löcher in dieser Fantasie werden vollständig ausgeblendet, vor allem wird vermieden, die Frage nach der Herkunft des Geldes zu stellen, obwohl zweifellos irgendwo eine Quelle sprudeln muss, weil es sonst niemals zu einer Ausweitung der Geldmenge kommen könnte. Daraus folgt die Überzeugung, wer Geld herstellt, und sei es auch der Staat, sei ein Falschmünzer. Und während man kleine Geldfälscher mit drakonischen Strafen bedroht, gilt in der Politik das unüberwindliche Tabu, an eine Staatsfinanzierung mit der Notenpresse auch nur zu denken.

Doch genau so, wie die EZB derzeit ungeniert Billionen erzeugt, die vorher in keiner Weise existierten, könnte auch eine staatliche Einrichtung, wenn es erforderlich scheint, die notwendigen Milliarden erzeugen, um dringend gebotene Maßnahmen zu finanzieren, wenn die Liquidität wieder einmal abgesaugt worden ist. Es ist so einfach, dass es unglaublich ist, dass dies nicht längst von allen begriffen worden ist:

**Jeder, der mehr einnimmt, als er ausgibt, also alle kleinen und vor allem die großen Sparer, entnimmt dem Wirtschaftskreislauf Liquidität und legt sie still.**

Hier lohnt ein Blick auf die Renditen und die Gewinnausschüttungen der großen Unternehmen. Viele Klein-Aktionäre mögen die paar Euros, die ihnen da zufließen, direkt dem Konsum zuführen. Die Großaktionäre hingegen suchen für ihr Geld „Kapitalanlagen“ und weil auch die Verkäufer der Kapitalanlagen dafür wieder Geld erhalten, das sie wieder anders anlegen wollen, bleiben die



entnommenen Gewinne auf wundersame Weise permanent auf wechselnden Guthabenkonten bei Banken gefangen und sind den Kreisläufen der Realwirtschaft dauerhaft entzogen.

Im herrschenden Wahn besteht die einzige Lösung darin, die erforderliche Liquidität durch Aufnahme von Krediten wieder dem Markt zuzuführen.

Würden die Staaten den Mut aufbringen, im Umfang des Ersparniszuwachses selbst „Staatsgeld“ zu emittieren, statt Ausgaben zu kürzen und damit Aufgaben zu vernachlässigen, statt Staatseigentum in private Hände zu überführen und damit Volksvermögen dauerhaft aus der Hand zu geben, statt Steuern zu erhöhen und damit dem Binnenmarkt Kaufkraft zu entziehen, so ließe sich der Hauptteil der im Inneren bestehenden Finanzierungsprobleme mühelos zur allgemeinen Zufriedenheit lösen.

Doch die Staaten bringen diesen Mut nicht auf. Staatliche Geldschöpfung wird abgelehnt, weil es Betrug sei und Falschmünzerei noch dazu, Geld aus dem Nichts hervorzubringen. Niemand will bemerken, dass das Geschäft der Banken auf exakt dem gleichen Trick beruht. Keine Bank wartet darauf, dass ein Sparer Geld einzahlt, um wieder Kredite vergeben zu können. Das Geschäft mit den Einlegern und das Geschäft mit den Kreditnehmern haben so gut wie nichts miteinander zu tun.

Es gibt, und das sei hier durchaus als wichtiger Unterschied erwähnt, beim Bankkredit den Schuldner, der für die Rückzahlung – und damit für die abschließende Vernichtung der ihm (und damit der Wirtschaft insgesamt) zur Verfügung gestellten Liquidität geradestehen muss. Das „Falschgeld“ der Banken wird ja durch die Tilgung nach und nach wieder eingezogen, vernichtet. Die Konten, auf denen anfangs ein Guthaben und eine Schuld verzeichnet waren, gleichen sich auf diese Weise wieder aus, als wäre nichts gewesen, abgesehen vom Zinsertrag, den die Bank über die Tilgung hinaus fordert und für sich beansprucht.

Das ist durchaus sinnvoll, weil es gegen eine endlose Ausweitung der Geldmenge wirkt und damit die Inflation dämpft. Den gleichen inflationsdämpfenden



Einfluss hat allerdings auch die durch Ersparnisbildung verminderte Liquidität, so dass deren Ausgleich durch staatliche Geldschöpfung ohne ein dahinterstehendes Schuldverhältnis keinen Schaden anrichten könnte.

Eine der Möglichkeiten, bankenunabhängige staatliche Geldschöpfung ebenfalls auf einem Schuldverhältnis aufzubauen und damit die Ausweitung der Geldmenge zu beherrschen, schlagen Geldreformern schon länger vor: Der Staat möge einen Teil seiner Ausgaben damit begleichen, dass er statt mit Geld, mit „Steuergutschriften“ bezahlt. Diese „Gutschriften“ könnten genauso weitergereicht werden, wie jede andere Form von Geld und würden am Ende benutzt, um damit fällige Steuern zu begleichen, und wären, wie der getilgte Kredit, damit auch wieder aus der Geldmenge entfernt.

**Dies alles war zu erwähnen, um zu belegen, dass Staaten, die auf die eigene Geldschöpfung verzichten, dies keinesfalls tun, weil dem ein Naturgesetz entgegensteht, sondern weil einzig der politische Wille dazu fehlt.**

Dass dieser Wille fehlt, ist darauf zurückzuführen, dass die Liquiditätsmacht der Banken Teil, wenn nicht gar innerster Kern der im ersten Abschnitt beschriebenen Wirtschaftsmacht ist.

Weil der Staat auf die Hervorbringungen der Wirtschaft angewiesen ist, während der Wirtschaftsmacht globale Ausweichstrategien zur Verfügung stehen, ergibt sich jenes Erpressungspotential, das die Staatsführung vor die Wahl stellt,

- den Staat als Standort für das globale Kapital zu öffnen und damit Ressourcen und Arbeitskräfte gegen eine - gerade eben noch zum Überleben ausreichende Gegenleistung in Form von Löhnen und Steuern – zur Ausbeutung freizugeben, oder
- sich wie Kuba, Nordkorea oder der Iran selbst zu isolieren und sich von der übrigen Weltgemeinschaft diskriminieren und militärisch bedrohen zu lassen.



## Die Globalisierung beenden

Wer heute die Globalisierung beenden will, kann nicht umhin, die Vorteile des Gegenentwurfs der Globalisierung, nämlich die Vorteile des souveränen Nationalstaats zu beschreiben.

Aufgrund einer im kapitalistischen Westen perfekt eingeschossenen Propagandamaschinerie, wird jedweder Bezug auf den Nationalstaat jedoch gleichgesetzt mit dem Wunsch, das nationalsozialistische Hitler-Deutschland auferstehen zu lassen, womit jede Diskussion darüber im Keim erstickt wird.

Weil Wirtschaftsmacht und Liquiditätsmacht ihre für das Ohr der desinteressierten Mitte weichgespülten Botschaften über die Medienmacht nahezu unbeeinträchtigt von kritischen Stimmen vermitteln können, wird das Leben im Wahn, die Globalisierung diene dem Nutzen der gesamten Weltbevölkerung, zur Normalität und die Besinnung auf das Normale wird zur Torheit.

Der Staat kann unter diesen Bedingungen seine Rolle als ausgleichender Vermittler zwischen der für seinen Bestand unverzichtbaren Wirtschaftsmacht und der ebenso unverzichtbaren Bevölkerung nicht mehr wahrnehmen.

Der Staat – und damit sind jetzt die führenden Politiker gemeint – ist auch nicht in der Lage, auf die kritischen Stimmen der noch wachen Kräfte im Lande zu achten oder sie sogar in die Regierungsgeschäfte einzubinden, weil dies sofort massive Reaktionen herausfordern würde. Die global aktive Wirtschaftsmacht fürchtet nichts mehr, als den Verlust auch nur kleinster Teile ihrer Einflussphäre, weil mit jedem entronnenen Staat das Erpressungspotential gegenüber den restlichen „Standorten“ ein wenig schwinden würde.

Erinnern Sie sich vor diesem Hintergrund an die Ereignisse in Österreich im Jahre 1999. Die national-konservative Partei FPÖ wurde bei den Nationalratswahlen zweitstärkste Kraft und bildete gemeinsam mit der ÖVP eine Koalitionsregierung. Ein demokratisch absolut legitimes Geschehen, kein Putsch, keine Macht ergreifung, doch die Folgen für Österreich waren dramatisch: Ein Shitstorm



internationaler Proteste, ja sogar Sanktionen von Seiten sämtlicher EU-Mitgliedsstaaten (seinerzeit waren das erst 14), die sämtliche diplomatischen und politischen Kontakte zu Österreich abbrachen; auch Tschechien, Norwegen, Kanada und Israel schlossen sich dem an.

Betrachten Sie vor diesem Hintergrund auch den hysterischen Widerstand gegen Donald Trump, der als Präsident der USA angetreten ist, Amerika wieder groß zu machen, was nichts anderes bedeutet, als das Primat der Politik wieder herzustellen und das Verhältnis der gegenseitigen, gut austarierten Abhängigkeiten zwischen dem Staat und einer neu in den Staat eingebundenen Wirtschaftsmacht wieder herzustellen.

Sehen Sie aus diesem neuen Blickwinkel, wie die EU versucht, die auf nationale Interessen ausgerichtete polnische Politik massiv zu beeinflussen, ja umzudrehen? Für Ungarn gilt übrigens das Gleiche.

Das Wutgeschrei, das heute noch jeden Auftritt des russischen Präsidenten Putin begleitet, hat seine Ursache darin, dass es Putin gelungen ist, das unter Jelzin bereits an das internationale Kapital verlorene Russland in einem langen, zähen, entbehrungsreichen Kampf zurückzuerobern.

Betrachtet man diese Leistung nicht unter dem Aspekt West gegen Ost, sondern unter dem Aspekt souveräner Staat gegen global agierende Finanzmacht, dann könnte man durchaus Parallelen sehen, zwischen dem, was Putin gelungen ist, und dem, was Trump noch anstrebt.

Dabei ist Trumps Vorhaben noch schwieriger. Die USA sind in einem weit höheren Maße und über einen sehr viel längeren Zeitraum den Desorientierungskampagnen der Medienmacht ausgesetzt gewesen als Russland in den Jahren zwischen Gorbatschow und Putin.

Trump fehlt auch der Draht zu den Geheimdiensten, die sich gegen ihn gestellt haben, während Putin durchaus auf seine in langen Jahren gewachsenen Verbindungen zurückgreifen konnte.



Der allgemeine Wohlstand in den USA schwindet zwar schon lange und ist begleitet vom Schrumpfen der so genannten Mittelschicht, doch die Idee, dass der Kapitalismus besser und schneller materiellen Wohlstand hervorbringt als jede andere Wirtschaftsform, steckt tief in den Köpfen der desinteressierten Mitte, die auch Trump gewinnen muss, wenn er weitermachen will.

Der Weg von einem voll der Globalisierung anheimgefallenen Staat, dessen Wirtschaft sich zu einem erheblichen Teil in der Hand ausländischer, global agierender Investoren befindet, der sich, wie Deutschland, einem Kunstgebilde namens EU angeschlossen, ja geradezu ergeben hat, der in das weltweit mächtigste Militärbündnis eingebunden ist und von einer unisono neoliberal-transatlantisch trommelnden Medienlandschaft mental beherrscht wird, ist sehr, sehr schwer.

Das beginnt schon damit, dass dieser „Ausweg“ von kaum jemandem überhaupt noch gesehen wird. Die Welt ist global. Das ist unumkehrbar tönt es. Und damit das auch so in den Köpfen verankert bleibt, wird es ergänzt um die Notwendigkeit, die Herausforderungen der Globalisierung zu meistern. Ohne dabei allerdings näher darauf einzugehen, worum es sich bei diesen „Herausforderungen“ eigentlich handelt.

Wo die Alternative zur Globalisierung nicht mehr sichtbar ist, besteht für Globalisierungskritiker die erste Aufgabe darin, die Globalisierung in Frage zu stellen, ihre angeblichen Vorteile kritisch zu hinterfragen und ihre offensichtlichen Nachteile immer und immer wieder zu kommunizieren.

Erst wenn dieses Fundament geschaffen ist, wenn weitgehendes Einverständnis darüber herrscht, die mit der Globalisierung einhergehenden Nachteile zu beseitigen, können Einzelmaßnahmen, die den Weg zurück zum souveränen Nationalstaat weisen, vorgeschlagen und diskutiert werden, ohne dass die Diskussion mit der Nazi-Keule erschlagen wird.

Wenn wir mit einiger Berechtigung davon ausgehen, dass Ideen, wie eine Neue Weltordnung, sich über sehr lange Zeiträume entwickelten und planvoll und



systematisch, die Überwindung möglicher Widerstände einkalkulierend, über ebenso lange Zeiträume umgesetzt werden, dann dürfen wir nicht in den Irrtum verfallen, sie ließen sich mit einem intellektuellen Fingerschnipsen aufhalten oder gar umkehren.

Wenn wir mit gleicher Berechtigung davon ausgehen, dass hinter der Gestaltung der Neuen Weltordnung, die eine Weltregierung zum Ziel hat, wozu ja auch die Globalisierung als Entwicklungsstufe gehört, der Reichtum der reichsten Familien dieser Welt als Energiepotential steht, dann dürfen wir nicht in den Irrtum verfallen, jemals auf die gleichen materiellen Potentiale zugreifen zu können.

Die Auseinandersetzung, die uns bevorsteht, kann nur asymmetrisch geführt werden – und diejenigen, die sie führen, brauchen einen langen, generationenübergreifenden Atem.

**Die Linke**, die angetreten ist, den systemimmanenten Untergang des Kapitals abzuwarten, ist bis heute gescheitert und wird weiter scheitern, weil der Kapitalismus nicht im Triumph am eigenen Übergewicht zusammenbrechen wird, sondern einen intelligenten, wendigen, mutigen Gegenspieler braucht, der seinerseits ein klares Ziel einer Neuen Welt- und Gesellschaftsordnung vor Augen hat und es mit der gleichen Zähigkeit anstrebt.

Das große Ziel der Linken, die allgegenwärtige sozialistisch-kommunistische Internationale ist bei dieser Auseinandersetzung nur störend und eher Ausrede für Nichtstun als Ermutigung.

Jeder Staat, jede Region, jedes Volk kann und sollte sich auf die eigenen Stärken und eigenen Interessen besinnen und damit beginnen, sie Schritt für Schritt durchzusetzen. Dass dabei durchaus unterschiedliche Lösungen entstehen können, ist doch kein Nachteil!

Monokulturen sind nur für die Wirtschaftsmacht erstrebenswert, weil sie mit geringstem Aufwand – ohne Rücksicht auf irgendetwas sonst - bewirtschaftet werden können.



Die Vielfalt souveräner Nationalstaaten ist dem immer vorzuziehen.

**Die Rechte**, so stark sie in Deutschland derzeit in Gestalt der AfD auch zu sein scheint, bezieht ihre nominelle Stärke aus der Kritik an der Zuwanderungspolitik der letzten Regierung. Ein geschlossenes politisches Konzept, das von der gesamten Partei vollinhaltlich getragen wird, ist nicht zu erkennen.

EU- und Euro-Kritiker aus dem Lager der Gründungsväter um Prof. Lucke, die, mit durchaus marktradikalem Gedankengut ausgestattet, weder im Großen (EU) noch im Kleinen (Sozialpolitik) vom Gedanken der Solidarität und des Ausgleichs erfüllt sind, stehen Nationalromantikern gegenüber, die das „Volk“ als einen Wert an sich verstehen und den Rest der „Bevölkerung“ mit großer Skepsis betrachten. Diese Grundstimmung hat nichts mit der unkontrollierten Zuwanderung zu tun, die Angela Merkel unter dem Feuerschutz der Medienmacht entfesselt hat. Sie war schon vorher da und ist erst durch die Zuwanderungskrise in größeren konservativen Kreisen salonfähig geworden.

Wohin die Reise der AfD mit einem „zurückgeholten“ Deutschland gehen soll, ist – für mich zumindest – bisher unklar geblieben.

Völlig unabhängig von der Zuwanderungsthematik ist die notwendige Auseinandersetzung mit dem Islam, die zwar von der AfD vereinnahmt wurde, weil sich niemand sonst darum gekümmert hat, die uns aber auch ereilt hätte, gäbe es die AfD gar nicht.

Die Frage, inwieweit in der EU-Region, die sich Deutschland nennt, Kirchturm- glocke und Muezzin, Grundgesetz und Scharia tatsächlich friedlich koexistieren können, ist mit der Aussage: „Der Islam gehört zu Deutschland“, weder ernsthaft gestellt noch begründet beantwortet worden.

Die tiefergehende Frage, ob die Ansiedlung von Mohammedanern in Europa lediglich auf Verfolgung, Krieg, Bürgerkrieg und chancenlose Armut zurückzuführen ist, und ob die vielfältigen Aussagen muslimischer Politiker und Religions-





führer, man werde Europa „einnehmen“, tatsächlich nur als folkloristische Propaganda gedeutet werden dürfen, ist von der Politik bisher ebenfalls weder ernsthaft gestellt, noch begründet beantwortet worden.

*„Die Demokratie ist nur der Zug, auf den wir aufspringen. Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten.“*

Das ist ein Gedicht, aus dem auch Erdogan schon 1998 als Bürgermeister von Istanbul zitierte. Erdogan nahm es in Kauf, genau deswegen zu 10 Monaten Haft verurteilt und mit einem Politikverbot belegt zu werden. Die Türkei war damals auch noch „ein anderes Land“.

Im Mai 2010 hielt Erdogan eine vielbeachtete Rede vor Türken und Deutsch-Türken in Köln, in der er seine Landsleute aufrief, sich nicht „assimilieren“ zu lassen. Den Unterschied zwischen Integration und Assimilation herauszuarbeiten überlasse ich gerne Sprachwissenschaftlern. Dass es den Zuhörern Erdogans damals kaum darauf angekommen sein wird, diesen Unterschied im Detail auszudeuten, erscheint mir als ein sehr viel wichtigerer Aspekt. [Die Rede im Wortlaut in deutscher Übersetzung](#) hält die Süddeutsche dankenswerterweise in ihrem Online-Archiv noch vor.

---

Der Titel dieser zweiteiligen Ausführungen lautet: „Demokratie im Endstadium“.

Gerade weil diese Diagnose meines Erachtens richtig gestellt ist, gerade weil die Medienmacht erdrückend geworden ist, bin ich der Auffassung, dass es immer dringender wird, die vollkommen unterdrückten Themen, die sich in der Frage der Nationalstaatlichkeit überschneiden, nämlich das weitere Schrumpfen deutscher Souveränität im fortschreitenden Prozess der EU-Entwicklung, die Zuwanderungsproblematik im Allgemeinen und die mit dem Anwachsen der islamischen Gemeinden verbundenen, gesellschaftlichen und juristischen Probleme im Speziellen, jetzt auf den Tisch zu legen.



Dass nur die AfD bereit ist, diese Auseinandersetzung anzustoßen, darf kein Hinderungsgrund sein, sich mit der Thematik auseinander und mit der AfD an den Besprechungstisch zu setzen.

Wenn die Demokratie in Deutschland wiederbelebt werden soll und dafür die AfD als Defibrillator eingesetzt werden muss, dann sollten wir diese Chance nicht aus Angst vor dem Elektroschock verstreichen lassen.

**Wichtig ist, dass das Herz danach wieder von alleine schlägt.**